



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
Medien Dortmund

05.09.02

Presseerklärung

Krisendienst: Verwaltung erfüllt ihren Arbeitsauftrag nicht

Zu Beginn des Jahres erteilte der Sozialausschuss der Verwaltung einstimmig den Auftrag, ein Konzept für einen Krisen- und Notfalldienst für Menschen in psychischen Krisen zu entwickeln. Damit nahm der Ausschuss eine zentrale Forderung aus dem Hearing zum Psychiatriebericht der Stadt Dortmund auf. Ziel des Krisendienstes soll es sein, vor allem Nachts und am Wochenende eine Anlaufstelle für Menschen in akuten Krisensituationen zu bieten und damit eine stationäre Unterbringung beispielsweise in Aplerbeck vermeiden zu helfen.

Für die nächste Sitzung des Sozialausschusses liegt den Ausschussmitgliedern nun eine Verwaltungsvorlage vor, mit der der Arbeitsauftrag des Ausschusses jedoch keineswegs erfüllt ist. Im Gegenteil teilt die Verwaltung lediglich mit, dass derzeit "Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung sowie dem Krisenzentrum Hörde" geführt würden um die "Ambulante Krisenversorgung zu optimieren". Ein umfassendes Konzept kann derzeit "aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht vorgelegt werden", da es zusätzliche Kosten von 400.000 Euro verursache.

Weder werden dem Ausschuss Ziel und Stand der Gespräche mit dem Krisenzentrum und der Kassenärztlichen Vereinigung dargestellt, noch wird in irgendeiner Form erläutert, wie und auf Basis welcher konzeptioneller Vorstellungen die Verwaltung zu einer Kostenermittlung von 400 000 Euro gekommen ist. Es ist nicht einmal das Bemühen erkennbar, dem Ausschuss darzulegen, wie durch eine verbesserte Kooperation und evtl. Bedarfsanpassung bestehender Einrichtungen auch in der derzeit schwierigen Haushaltslage

eine Problemlösung im Sinne der betroffenen Menschen angenähert werden kann. Damit entsteht der Eindruck, dass von Seiten der Verwaltung keinerlei Bemühen besteht, den Arbeitsauftrag des Ausschusses abzuarbeiten und trotz schwieriger Haushaltslage Lösungsansätze zumindest aufzuzeigen.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Dazu Daniela Schneckenburger, Grüne Vorsitzende des Sozialausschusses:

"Die Vorlage der Verwaltung zur Krisenversorgung in Dortmund grenzt an Arbeitsverweigerung. Allen Ausschussmitgliedern ist die Haushaltslage bekannt. Der Kopf ist jedoch rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann. Von der Sozialverwaltung ist daher zu erwarten, dass sie unter den bekannten Bedingungen Wege dazu aufzeigt, wie die ihr vom Ausschuss gestellt Aufgabe angegangen werden kann und zumindest Verbesserungen in der Versorgung von Menschen mit psychischen Krisen im Rahmen bereits bestehender Finanzierungen erzielt werden können. Stattdessen wird der Ausschuss mit dem lapidaren Satz abgespeist, es gebe keine zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten - diese Tatsache war den Ausschussmitgliedern bereits seit Monaten bekannt. Es wird nicht einmal erläutert, wie der angeblich notwendige Betrag von zusätzlichen 400 000 Euro zustande kommt."

Es handelt sich damit hier um eine "Vogel-Friß-oder-stirb"-Vorlage, die die Befürchtung aufkommen lässt, dass zukünftig überall da, wo die Verwaltung kein Eigeninteresse verfolgt, das Kostenargument alle Debatten beendet.

Verlierer sind die Menschen mit psychischen Erkrankungen in dieser Stadt, die seit Jahren dringend auf eine Verbesserung ihrer Situation gehofft und gedrängt hatten. Es steht zu befürchten, dass sie auf der Prioritätenliste der Verwaltung keinen bevorzugten Platz einnehmen."